

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 18/1417 –**

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der "United Nations Interim Force in Lebanon" (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 2115 (2013) vom 29. August 2013 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 14. Mai 2014 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force of Lebanon“ (UNIFIL) mit maximal 300 Soldatinnen und Soldaten bis zum 30. Juni 2015 beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Deutsche Bundestag um Zustimmung hierzu gebeten.

Der UNIFIL-Einsatz auf See hat ein doppeltes Mandat: Es sieht neben der Sicherung der seeseitigen Grenzen auch die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von Fähigkeiten vor, die Küste und die territorialen Gewässer des Landes selbstständig zu überwachen. Die Sicherheitslage im Nahen Osten hat sich im letzten Mandatszeitraum weiter verschärft. Der Konflikt in Syrien stellt den Libanon vor erhebliche Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Destabilisierungspotenziale fungiert UNIFIL als entscheidender Stabilitätsanker in der Region und wirkt deeskalierend. UNIFIL spielt auch eine Rolle als ein von allen Parteien im Nahen Osten anerkannter Mediator bei der Suche nach Lösungen für innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte. Zur Konsolidierung des bisher Erreichten bedarf es auch mit Blick auf die aktuelle Lage im Libanon und in der Region weiterhin eines starken internationalen Engagements, insbesondere beim Aufbau der libanesischen Streitkräfte. Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Libanon und Israel haben mehrfach betont, dass sie besonderen Wert auf eine fortgesetzte deutsche Beteiligung an der Mission legen. Auch die Vereinten Nationen haben großes Interesse an einer weiteren Beteiligung Deutschlands an UNIFIL. Die libanesische Marine soll in die Lage versetzt werden, künftig ein Umfeld maritimer Sicherheit vor der Küste zu gewährleisten. Sobald die libanesische Marine entsprechend ausgestattet und ausgebildet ist und den Schutz der seeseitigen Grenzen eigenverantwortlich übernehmen kann oder die Aufrechterhaltung des deutschen Beitrags zum UNIFIL-

Flottenverband nicht mehr geboten ist, soll die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL beendet werden. Dieses Ziel strebt die Bundesregierung an und richtet ihre Unterstützung daran aus. Um auf der Basis des bisher Erreichten weiter zu arbeiten und um im Rahmen von UNIFIL zur weiteren Stabilität und Sicherheit in der Region beizutragen, soll das Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL um 12 Monate bis zum 30. Juni 2015 verlängert werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Der Haushaltsausschuss nimmt gem. § 96 GOBT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1417 anzunehmen.

Berlin, den 23. Juni 2014

Der Auswärtige Ausschuss

Jürgen Klimke
Amtierender Vorsitzender

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Achim Post
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Achim Post, Stefan Liebich und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/1417** in seiner 40. Sitzung am 6. Juni 2014 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie gem. § 96 GOBT dem Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage/n

Die Bundesregierung hat am 14. Mai 2014 die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force of Lebanon“ (UNIFIL) mit maximal 300 Soldatinnen und Soldaten bis zum 30. Juni 2015 beschlossen. Mit dem vorliegenden Antrag wird der Deutsche Bundestag um Zustimmung hierzu gebeten.

Der UNIFIL-Einsatz auf See hat ein doppeltes Mandat: Es sieht neben der Sicherung der seeseitigen Grenzen auch die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von Fähigkeiten vor, die Küste und die territorialen Gewässer des Landes selbstständig zu überwachen. Die Sicherheitslage im Nahen Osten hat sich im letzten Mandatszeitraum weiter verschärft. Der Konflikt in Syrien stellt den Libanon vor erhebliche Herausforderungen. Vor dem Hintergrund der verschiedenen Destabilisierungspotenziale fungiert UNIFIL als entscheidender Stabilitätsanker in der Region und wirkt deeskalierend. UNIFIL spielt auch eine Rolle als ein von allen Parteien im Nahen Osten anerkannter Mediator bei der Suche nach Lösungen für innerstaatliche und zwischenstaatliche Konflikte. Zur Konsolidierung des bisher Erreichten bedarf es auch mit Blick auf die aktuelle Lage im Libanon und in der Region weiterhin eines starken internationalen Engagements, insbesondere beim Aufbau der libanesischen Streitkräfte. Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn an der maritimen Komponente von UNIFIL beteiligt. Libanon und Israel haben mehrfach betont,

dass sie besonderen Wert auf eine fortgesetzte deutsche Beteiligung an der Mission legen. Auch die Vereinten Nationen haben großes Interesse an einer weiteren Beteiligung Deutschlands an UNIFIL. Die libanesische Marine soll in die Lage versetzt werden, künftig ein Umfeld maritimer Sicherheit vor der Küste zu gewährleisten. Sobald die libanesische Marine entsprechend ausgestattet und ausgebildet ist und den Schutz der seeseitigen Grenzen eigenverantwortlich übernehmen kann oder die Aufrechterhaltung des deutschen Beitrags zum UNIFIL-Flottenverband nicht mehr geboten ist, soll die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL beendet werden. Dieses Ziel strebt die Bundesregierung an und richtet ihre Unterstützung daran aus. Um auf der Basis des bisher Erreichten weiter zu arbeiten und um im Rahmen von UNIFIL zur weiteren Stabilität und Sicherheit in der Region beizutragen, soll das Bundestagsmandat für die deutsche Beteiligung an der maritimen Komponente von UNIFIL um 12 Monate bis zum 30. Juni 2015 verlängert werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 20. Sitzung am 23. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 15. Sitzung am 23. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 15. Sitzung am 23. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 15. Sitzung am 23. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der

Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 12. Sitzung am 4. Juni 2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/1417 in seiner 19. Sitzung am 23. Juni

2014 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme.

V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss

Der **Haushaltsausschuss** nimmt gem. § 96 GOBT in einem gesonderten Bericht zu den Kosten Stellung.

Berlin, den 23. Juni 2014

Philipp Mißfelder
Berichterstatter

Achim Post
Berichterstatter

Stefan Liebich
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.